



Trotz Coronakrise: Der Rüstungswahnsinn geht weiter
Abrüsten statt Aufrüsten ist das Gebot der Stunde

Wohnen statt Drohnen!	Renten statt Raketen!	Bildung statt Bomben!	Klimaschutz statt Rüstung!	Kitas statt Kanonen!
----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------

Für den Bundeshaushalt 2021, der Mitte Dezember verabschiedet werden soll, sind Rüstungsausgaben von rund **50 Milliarden Euro** geplant.

Um das von der NATO gesetzte Ziel von 2% des BIP zu erreichen, sollen in den nächsten Jahren **in jedem Jahr weitere 30 Milliarden Euro** – also insgesamt 80 Mrd. Euro – an Steuergeld ausgegeben werden. Das ist der komplette Wahnsinn, denn das Geld fehlt bei Schulen, Kindergärten, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe. Allein der geschätzte Kaufpreis für neu bestellte F-18 Atombomber würde reichen, um über 100 000 Pflegekräfte zwei Jahre lang zu finanzieren.

Trotz Coronakrise: Abrüstung findet nicht statt, zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle wurden aufgekündigt, neue Atomwaffen werden stationiert.

Die weltweiten Militärausgaben erreichen neue Rekordhöhen; allein auf die zehn Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben entfallen 75 %. Und die Ausgaben für die Rüstung sollen weiter gesteigert werden.

Deutschland liegt auf Platz sieben. 2019 hatte es den höchsten Zuwachs der ersten 15 Staaten. Bei den Waffenexporten erreicht Deutschland den skandalösen Rang fünf. Seit Mitte der 90er Jahre wird die Bundeswehr wieder in Auslandseinsätze geschickt, wird die NATO immer weiter nach Osten ausgedehnt, die deutschen Waffenexporte boomen. Zwar befürwortet die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland den Abzug von US-Truppen, fordert ein Ende der Atomwaffenlagerung, lehnt höhere Rüstungsausgaben ab und will Frieden und Aussöhnung mit Russland - doch leider betreibt die Bundesregierung eine schädliche Konfrontationspolitik, statt ihr Handeln auf Entspannungspolitik auszurichten und festzulegen. So darf es nicht weitergehen.

Wir fordern:

--> *keine Erhöhung der Rüstungsausgaben, Abrüsten ist das Gebot der Stunde.*

--> *Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen.*

--> *Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.*

Unterschreiben Sie die Erklärung: ABRÜSTEN statt AUFRÜSTEN

Das Friedensbündnis trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, um 19.00 Uhr im Kulturcafé Köntges, Waldhausener Str. 16, Mönchengladbach.

Kontakt:

Friedensbündnis-Moenchengladbach@web.de

Informationen

zu unserer Arbeit und Artikel, die uns besonders interessant erscheinen, finden Sie unter dem Link:

<https://sites.google.com/view/friedensbueundnis-mg>

ViSdP: Hartmut Wessels, c/o Köntges, Waldhausener Str. 16, 41061 Mönchengladbach